

SSW-Standpunkte

Für ein Europa der Menschen

Vielfalt in der Gemeinsamkeit

Europapolitische Eckpunkte des SSW

September 2006

SSW



*Für uns
im Norden.*

Der SSW ist eine dänische Partei. Dies erkennt man nicht zuletzt daran, dass unter unseren Mitgliedern - ebenso wie in der dänischen Bevölkerung - sowohl die Befürworter als auch die Kritiker der Europäischen Union zahlreich vertreten sind.



Aber ob man nun die EU mag oder nicht, sie ist und bleibt eine Tatsache, zu der wir uns verhalten müssen. Deshalb hat der Parteitag des SSW am 9. September 2006 diese Standpunkte zu europapolitischen Fragen beschlossen.

Die EU ist heute Vieles und befasst sich mit allen Fragen des Alltags - bis hin zur berühmt-berüchtigten Krümmung der Bananen. Der SSW beschränkt sich in diesen Eckpunkten aber bewusst auf Themen, die tagtäglich die dänische Minderheit, den Landesteil Schleswig und die politische Arbeit des SSW berühren.

Nach den Volksentscheiden über die europäische Verfassung in Frankreich und Holland gibt es mehr denn je das Bedürfnis zu diskutieren, wo wir mit der Europäischen Union eigentlich hin wollen. Zu dieser Diskussion wollen wir mit diesen europapolitischen Standpunkten beitragen. Wir hoffen, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich daran beteiligen, denn die EU braucht dringend eine demokratische Debatte.

*Flemming Meyer,
SSW-Vorsitzender*

Für ein Europa der Menschen...

- | | |
|---|---------|
| 1. Für kulturelle Vielfalt und Zusammenarbeit | Seite 3 |
| 2. Für Minderheitenrechte | Seite 3 |
| 3. Für bürgernahe Politik | Seite 4 |
| 4. Für ein soziales Europa | Seite 5 |
| 5. Für mehr demokratische Teilhabe | Seite 6 |
| 6. Europa ist mehr als die Europäische Union | Seite 7 |

1. Für kulturelle Vielfalt und Zusammenarbeit in Europa

Der SSW und Europa

Als Partei der dänischen Minderheit und der mit uns zusammenarbeitenden Friesen in Schleswig-Holstein fühlt sich der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) einer aktiven nationalen und internationalen Minderheiten- und Regionalpolitik verpflichtet. Vor dem Hintergrund unserer politischen, kulturellen und geschichtlichen Erfahrungen wollen wir einen besonderen Beitrag dazu leisten, dass die Verständigung zwischen den europäischen Staaten und den Völkern weiter wächst und gedeiht – zum Wohle aller Menschen in Europa.

Die Menschen müssen den Nutzen der europäischen Zusammenarbeit sehen

Viele unserer Probleme in Europa sind grenzüberschreitend, andere wiederum können besser auf nationaler Ebene gelöst werden. Wir können voneinander lernen, daher ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten von hoher Bedeutung. Der SSW sieht die kulturelle Vielfalt in Europa als eine Bereicherung und bekennt sich zu einer vertrauensvollen europäischen Zusammenarbeit, sowohl innerhalb der EU wie auch mit den Staaten außerhalb der Europäischen Union. Allerdings müssen sich die europäischen Staaten und Institutionen viel stärker darum bemühen, den Menschen den konkreten Nutzen der europäischen Zusammenarbeit zu vermitteln.

Die Krise der EU muss zur Neubestimmung genutzt werden

Die gescheiterten Volksabstimmungen über die europäische Verfassung und die Vertrauenskrise der EU müssen zu einer Neubestimmung der europäischen Zusammenarbeit genutzt werden. Der SSW plädiert für eine pragmatische Zusammenarbeit zwischen den Nationen in Europa. Der SSW will, dass das Projekt Europa neu definiert und mit einer bürgernahen Vision der europäischen Zusammenarbeit verbunden wird. Wir wollen dazu beitragen, dass ein Europa der Menschen und Nationen geschaffen wird.

2. Für Minderheitenrechte in Europa

Die Minderheiten bereichern Europa

Jeder 10. Bürger und jede 10. Bürgerin in Europa gehört einer nationalen Minderheit oder ethnischen Volksgruppe an. Die kulturelle Vielfalt der

Minderheiten und Volksgruppen bereichert Europa. Sie trägt zur Identitätsbildung, zur Völkerverständigung und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei. Die EU braucht daher eine europäische Minderheitenpolitik, die die Anerkennung, den Schutz und die Förderung aller Minderheiten und Volksgruppen sichert. Das „Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ und die „Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen“ - beide vom Europarat beschlossen - bilden den Rahmen für eine fortschrittliche europäische Minderheitenpolitik. Ziel muss es sein, in diesen Rahmen die Rechte der Minderheiten einzelgesetzlich abzusichern und die Zuschüsse für die Minderheiten und deren Organisationen auf nationaler und europäischer Ebene langfristig abzusichern.

Die Kopenhagener Kriterien müssen von allen Ländern erfüllt werden

Die nationalen Minderheiten erwarten, dass die EU einen aktiven Beitrag zur Sicherung ihrer Lebensgrundlagen leistet. Der Schutz und die Förderung von Minderheiten und Volksgruppen, von deren Sprachen und Kulturen müssen einen wesentlich höheren Stellenwert in der Arbeit der EU erhalten. Sollte es zu einem EU-Verfassungsvertrag kommen, muss dort auch der Schutz und die Förderung der heimischen Minderheiten und Volksgruppen verankert werden. Außerdem muss der für die Mehrsprachigkeit zuständige EU-Kommissar sich stärker für den Schutz und die Förderung der europäischen Minderheitensprachen einsetzen. Die so genannten „Kopenhagener Kriterien“ zu den Rechten und Pflichten der europäischen Minderheiten sollen von allen EU-Mitgliedern erfüllt und verfassungsmäßig abgesichert werden - nicht nur von den neuen, sondern gerade auch von den alten Mitgliedsstaaten. Bei der Aufnahme weiterer Länder in die Europäische Union muss vorab der Nachweis erbracht werden, dass die Anerkennung, der Schutz und die Förderung nationaler Minderheiten gewährleistet ist.

3. Für bürgernahe Politik in Europa

Europäische Entscheidungen so bürgernah wie möglich

Nur vor Ort können die Menschen von den Vorzügen der europäischen Zusammenarbeit überzeugt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass die Zuständigkeiten zwischen der EU und den einzelnen Mitgliedsländern klar aufgeteilt und die jeweiligen Kompetenzen strikt abgegrenzt werden. Es muss in Zukunft viel klarer definiert werden, wofür die EU zuständig ist und wofür die nationalen und kommunalen Ebenen die Verantwortung tragen

- damit die Bürgerinnen und Bürger die politischen Entscheidungen wieder durchschauen können.

Außerdem müssen den Bestrebungen der EU klare Grenzen gesetzt werden, immer mehr politische Fragen zentral in Brüssel zu regeln. Wir wollen, dass die EU künftig nur noch den allgemeinen Rahmen und die übergeordneten Zielsetzungen vorgibt. Die konkreten Entscheidungen müssen vor Ort - so nah an den Bürgerinnen und Bürgern wie möglich - gefällt werden. Das Ringen um politische Lösungen muss aus den verschlossenen Räumen in Brüssel wieder in die Öffentlichkeit des Bundestags und der Landtage zurückkehren. Nur so haben die Menschen die Chance, politische Konflikte und Kompromisse nachzuvollziehen. Das, was vor Ort geregelt werden kann, muss auch dort selbstbestimmt entschieden werden können (sog. „Subsidiaritätsprinzip“). Voraussetzung hierfür ist, dass die Politik vor Ort wieder vernünftig finanziell ausgestattet wird.

Regionalpolitik für strukturschwache Regionen fortsetzen

Die europäische Regionalpolitik darf sich nicht auf die neuen Mitgliedsländer beschränken, sondern muss auch zukünftig dazu beitragen, strukturschwache Regionen in den alten EU-Ländern zu fördern. Die bisherigen Fördergebiete in Schleswig-Holstein brauchen weiterhin diesen Programme. Die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch die INTERREG-Programme ist sehr erfolgreich gewesen. Deshalb muss die INTERREG-Förderung für die deutsch-dänische Grenzregion fortgesetzt werden. Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Barrieren im Grenzland weiter abgebaut werden. Dabei liegen die Hemmnisse für eine Ausweitung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht nur in konkreten rechtlichen Regelungen, sondern befinden sich vielfach noch in den Köpfen der Menschen. Die Förderung der Minderheitensprachen und die Förderung der Einrichtungen der Minderheiten und Volksgruppen können dazu beitragen, diese Barrieren abzubauen, weil sie zur regionalen Identitätsbildung beitragen und die interkulturelle, grenzüberschreitende Kompetenz in der Region stärken.

4. Für ein soziales Europa

Europa darf nicht nur ein Markt sein

Die Grundlage der europäischen Zusammenarbeit darf nicht ausschließlich die Freizügigkeit des Personenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs und des Kapitalverkehrs sein. Ein so gestaltetes Europa hat geringe Chancen, die

Herzen und die Köpfe der Menschen zu erreichen. Wir wollen ein soziales Europa, im dem nicht nur der Markt regiert und in dem der Sozialstaatsgedanke eine tragende Säule der europäischen Zusammenarbeit bleibt.

Gegen Sozialdumping in Europa

Der SSW spricht sich gegen eine europäische Sozialpolitik aus, die auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner beruht. Wir lehnen Sozialdumping und das Wettrennen um die niedrigsten Sozialstandards ab. Dies führt zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen und zur Abschwächung nationaler Standards im Arbeitsrecht, im Umweltbereich oder bei der Daseinsvorsorge. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in Europa fördern - dies erreichen wir nur, wenn wir den Sozialstaat zukunftsfähig machen statt ihn abzubauen.

Arbeitslosigkeit durch Bildung gemeinsam bekämpfen

Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur in Deutschland viel zu hoch, viele Länder Europas haben dieses Problem. Hier liegt eine große Herausforderung für die europäische Zusammenarbeit, denn die Erwerbslosigkeit kann nicht nur national bekämpft werden. Wir brauchen gemeinsame europäische Initiativen, um das Wirtschaftswachstum zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die europäischen Sozialfonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssen für alle EU-Länder fortgeführt werden - die neuen Mitglieder wie die alten. Die EU muss sich noch mehr als bisher auf Investitionen in Infrastruktur und Bildung konzentrieren. Nur mit einer gut ausgebildeten Bevölkerung, die sich lebenslang weiter qualifiziert, kann Europa im weltweiten Wettbewerb bestehen.

5. Für mehr demokratische Teilhabe in Europa

Volksabstimmungen zu entscheidenden europäischen Fragen

Die wichtigen Fragen der Europapolitik werden in Deutschland seit jeher fern der Bevölkerung entschieden. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht dazu Stellung beziehen, wie die europäische Zusammenarbeit aussehen soll. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn viele Menschen kein Interesse und wenig Vertrauen in die EU haben. Das Volk muss aber mitreden können, wenn das Land Souveränität abgibt, um mit anderen Ländern enger zusammenzuarbeiten. Daher fordert der SSW, dass bei wichtigen EU-Vertragsänderungen und Grundgesetzänderungen auch in der Bundesrepublik Volksabstimmungen durchgeführt werden.

Die Demokratie innerhalb der EU stärken

Der Einfluss der Bevölkerung auf die Arbeit der EU muss gestärkt werden. Dazu muss die EU durchschaubarer werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich schnell und verlässlich über die Arbeit der europäischen Institutionen informieren können. Dazu gehört zum einen, dass im EU-Gesetzgebungsverfahren die Rolle der nationalen Parlamente gestärkt wird. Zum anderen müssen alle Einwohnerinnen und Einwohner in der EU an ihrem ständigen Wohnort sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht bei allen demokratischen Wahlen bekommen - bei Europawahlen ebenso wie bei nationalen Wahlen. Nur mit einer starken und gelebten inneren Demokratie kann Europa auch glaubhaft weltweit demokratische Verhaltensweisen von anderen Ländern einfordern.

6. Europa ist mehr als die Europäische Union

Die Ostseeregion als Wachstumsregion ausbauen

Der SSW hat die EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 begrüßt. Für Schleswig-Holstein ergeben sich damit neue Chancen in der regionalen Zusammenarbeit um die Ostsee. Neben der Zusammenarbeit der Parlamente in der „Ostseeparlamentarierkonferenz“ und der Regierungen im „Ostseerat“ hat sich dabei auch die Kooperation von Staaten und Regionen im „Forum Südliche Ostsee“ bewährt. Der SSW fordert, dass an dem gleichberechtigten Zusammenwirken von regionalen und nationalen Parlamenten in der Ostseekooperation festgehalten wird.

Die Ostseeregion muss zur Wachstumsregion ausgebaut werden – insbesondere in den Bereichen Kultur, Minderheiten und Bildung. Dafür muss die Bedeutung der Ostseekooperation in Berlin und in Brüssel gestärkt werden. In den letzten Jahren spielt die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer rund um die Ostsee - die so genannte „nördliche Dimension“ der EU - eine immer größere Rolle. Damit bieten diese Länder ein Gegengewicht zur starken Rolle der Mittelmeerländer in der EU.

Diese erfreuliche Entwicklung darf aber nicht dazu führen, dass die regionale Zusammenarbeit mit den Nicht-EU-Mitgliedern Norwegen, Island und Russland aus dem Blick gerät. Europa ist mehr als die EU. Daher misst der SSW auch der Zusammenarbeit mit dem „Nordisk Råd“, dem Zusammenschluss aller skandinavischer Länder, eine wichtige Bedeutung bei.

Die Nordseekooperation muss erneuert werden

Neben der bewährten Ostseezusammenarbeit muss auch die Nordseekooperation zwischen Deutschland, Dänemark, den Niederlanden und Großbritannien verbessert und erneuert werden. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein muss die so genannten „Trilateralen Wattenmeerkonferenzen“ (D/DK/NL) als einen Einstieg in die Nordseekooperation begreifen und diese mit mehr Schub versehen. Bisher werden in diesem Rahmen vor allem Belange der Schiffssicherheit und des Naturschutzes beraten. In Zukunft sollten auch die Weiterentwicklung der Wirtschaft und des Verkehrs in der gemeinsamen Wattenmeerregion eine größere Rolle spielen.

Außerdem muss die kulturelle Zusammenarbeit bei der trilateralen Kooperation zwischen den Niederlanden, Dänemark und Schleswig-Holstein weiter in den Mittelpunkt gerückt werden. Hierbei kommt den interfriesischen Bestrebungen der Nord-, Ost- und Westfriesen in Deutschland und den Niederlanden eine besondere Bedeutung zu.

Der Europarat hat eine zentrale Funktion für ganz Europa

Alle europäischen Staaten - auch Nicht-EU-Mitglieder - sind Mitglieder des Europarates in Straßburg. Insbesondere in Fragen der Menschen- und Minderheitenrechte hat der Europarat in der Vergangenheit entscheidende Beiträge zur Demokratisierung Europas geleistet.

Der Europarat hat eine lange Tradition und große Erfahrung im Schlichten von Konflikten und im Entschärfen von Gewalt in und zwischen Staaten – und das, obwohl der Europarat keine Machtbefugnisse und einen engen finanziellen Rahmen hat. Der SSW fordert vor diesem Hintergrund eine bessere Verzahnung des Europarats und der Europäischen Union.

Auch müssen die Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofes (EU) in Luxemburg im Verhältnis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (Europarat) in Straßburg klarer definiert werden.

Für eine zukunftsfähige europäische Minderheitenpolitik im 21. Jahrhundert muss die Rolle des Europarates gestärkt werden.